

# Aktuelle Post aus dem Kreistag (23)



30. August 2019

Liebe Freundinnen und Freunde!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

Zur Kreistagssitzung am 28. August hatte DIE LINKE. vier Anträge eingereicht. Es geht um soziale Themen und um die Anerkennung des Klimanotstands. In beiden Bereichen erreichte die Debatte nicht annähernd eine angemessene inhaltliche Tiefe. Viele Allgemeinplätze wurden vorgetragen. Nicht nur von rechts kamen ignorante Gegenpositionen. Aber lesen Sie selbst... / aber lest selbst!

Ein Schmankerl vorab: Beim Tageordnungspunkt 2.1. Anfragen stellte die AfD folgende Frage an die Sozialdezernentin Becker-Bösch: „Haben Sie oder ein Beschäftigter der Kreisverwaltung dem Ewaldshof in Niddatal-Assenheim den Preis für Vielfalt überreicht?“ Der Ewaldshof ist ein Wohnprojekt das sich für sexuelle Vielfalt und gegen Diskriminierung engagiert. Er hätte also den Preis für Vielfalt schon verdient. Man merkte dem AfD-Vortrag an, wie befremdlich und unangenehm diese Initiative für die Rednerin ist. Schade, dass der Preis doch nicht an den Ewaldshof verliehen wurde!

## **Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:**

1. Antrag DIE LINKE / Piraten: Einführung einer Sozialchipkarte im Wetteraukreis.
2. Antrag DIE LINKE / Piraten: Nassauische WoBau soll im Wetteraukreis bauen.
3. Antrag DIE LINKE / Piraten: Mietspiegel statt „Schlüssiges Konzept“.
4. Antrag DIE LINKE / Piraten: Klimanotstand anerkennen.  
Dazu Antrag der Grünen: *Klimavorbehalt* und der AfD: *Klimadebatte versachlichen* und ein Änderungsantrag dazu von der Koalition aus SPD und CDU.
5. Antrag der Grünen: Beitritt des Kreises zur Schutzgemeinschaft Vogelsberg.
6. Antrag der AfD: Keine Verwendung der so genannten gendergerechten Sprache in der Kreisverwaltung.
7. Sitzungsvorlage der Koalition: „Fortführung des Programms Demokratie leben!“

# RÜCKLICHT

## Ein internationales Nachbarschaftsfest



Viele Besucherinnen und Besucher lockte das sechste Usagassenfest der Linken in die Friedberger Altstadt. Am letzten Samstag in den Sommerferien wird dafür die Straße

vor dem Roten Laden gesperrt. Die Band „Refund“ unterhielt mit populärer Rock- und Bluesmusik und das Ricardo-Laubinger-Swingtett zeigte mit Gitarren und Geige, wie virtuos Sinti-Swing sein kann. Der Chor der Linken Wetterau animierte das Publikum zum mitsingen. Glücksrad, Kinderspiele, Essen und Trinken und nette Begegnungen sorgten für beste Stimmung. Politik fehlte nicht: Der Landtagsabgeordnete der Linken, Jan Schlauske, berichtete über die wohnungspolitischen Initiativen der Partei im Hessischen Landtag.

## Linke Hartz4-Hilfe Wetterau

Im August wählte der Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ einen neuen Vorstand: Peter Eickmann (Kasse), Anja El-Fechтали (Vorsitzende) und Karlheinz Hofmann (stellvertretender Vorsitzender). Im kommenden Jahr wird es weiterhin darum gehen, bezahlbaren Wohnraum einzufordern. Am 19. November findet ein Forum zum Thema „Geht das? Klima retten ohne soziale Gerechtigkeit?“ statt.



## **Antrag LINKE. / Piraten: Einführung einer Sozialchipkarte im Wetteraukreis**

Der Antrag ist im Ausschuss „Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung“ besprochen worden. Das Ergebnis: Er wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Nur die Grünen hatten sich enthalten. Entsprechend stimmte auch der Kreistag ab.

Hier nochmal der Link zu unserem Antrag:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1023-eine-sozialchipkarte-f%C3%BCr-den-wetteraukreis-einf%C3%BChren.html>

Wir sind in unserer Rede nochmal auf die Gründe eingegangen, warum wir eine solche Chipkarte wichtig finden. Und wir haben deutlich gemacht, dass die Kosten von drei Millionen Euro keine utopische Summe sind. Das ist unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Wir haben an dieser Stelle schon mehrfach darauf hingewiesen, dass Armut ein zunehmendes Problem ist. Inzwischen sind mehr als 20 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland arm oder von Armut bedroht. Glücklicherweise liegt der Armutsanteil im Wetteraukreis noch unter diesen 20 Prozent. Aber es ist kein Randphänomen mehr, sondern ein beachtlicher Bevölkerungsanteil, der von Armut betroffen ist. Menschen, die nicht in einer sozial tief gespaltenen Gesellschaft leben wollen, reagieren ja schon länger auf die ansteigende Armut. Es gibt mildtätige Einrichtungen, beispielsweise die Tafeln, Kleiderläden beim Roten Kreuz oder Umsonstläden. Es gibt einen Fonds zur Vermeidung von Armut bei der evangelischen Kirche. Konkretes Beispiel: Das Projekt "Alle können lernen" des Evangelischen Familien-zentrums Friedberg. Hier wird ohne Zugangsbarrieren geholfen, wenn das Geld für Schulhefte und andere Schulmaterialien nicht reicht.

DIE LINKE. hat große Hochachtung vor dem Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger. Aber wir sagen:

Armutsbekämpfung und die Sicherung der Teilhabe an der Gesellschaft sind staatliche Aufgaben! Das kann nicht auf mildtätige Organisationen oder Initiativen abgewälzt werden! Wenn man das tut und den Sozialstaat immer weiter aushöhlt, wenn man immer mehr Menschen von der Teilhabe an der Gesellschaft ausschließt, geht die politische Reise weiter nach rechts und demokratische Grundsätze geraten noch mehr in Gefahr als das heute schon der Fall ist. Politische Gremien auf jeder Ebene tragen Verantwortung, Armut und Ausgrenzung abzumildern und der sozialen Spaltung entgegenzutreten. Auch kommunale Parlamente! Auch dieser Kreistag!

Meine Damen und Herren, wir haben in der Antragsbegründung aufgeführt, für welchen Personenkreis wir eine Sozialchipkarte wollen. Das muss ich jetzt hier nicht nochmal ausführen. Ich möchte aber nochmal auf die Vorwürfe eingehen, wir hätten keine Idee, wie eine Sozialchipkarte finanziert werden kann.

Zuerst mal: Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg! Drei Millionen stellen in einem Haushalt von 430 Millionen Euro bei gewollter Schwerpunktsetzung auf soziale Teilhabe und Armutsbekämpfung kein ernst zu nehmendes Risiko dar!

Und ob Sie das jetzt hören wollen oder nicht: Sie setzen die Schwerpunkte anders.

Wir sagen unsozial!

Sie haben mit der „Systematischen Aufgabenkritik“ bereits den Rotstift an Sozialausgaben des Kreises wüten lassen und zahlreiche gute Leistungen durch Billiganbieter ersetzt. Sie haben mit der Stelle des zweiten Kreisbeigeordneten für den Parteienproporz Hunderttausende Euro in den Haushalt eingestellt. Sie verzichten schon jahrelang auf Einnahmen: drängten lange Zeit nicht auf eine Gewinnbeteiligung an den Sparkassengewinnen, setzen sich für keine Vermögenssteuer ein, rufen Mittel nicht ab, die das Land für bezahlbaren Wohnraum bereitgestellt hat. Ihre Parteien wollen den Rüstungshaushalt verdoppeln – und Sie sagen dazu NICHTS! Nur um mal einige wichtige Posten zu nennen. Sie akzeptieren seit Jahren die Unterfinanzierung der Kommunen und wollen uns jetzt erzählen, es gäbe kein Geld für eine Sozialchipkarte?

### **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Nassauische Heimstätte soll bauen**

DIE LINKE. drängt darauf, dass der Wetteraukreis Gelder abrufen, die seitens der Hessischen Landesregierung für den Bau bezahlbarer Wohnungen ausgewiesen wurden.

Dies ist unser Antrag: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1042-nassauische-heimst%C3%A4tte-soll-in-der-wetterau-bauen.html>

Die Koalition aus SPD und CDU stellten einen Änderungsantrag, der mehrheitlich angenommen wurde. Darin bitten sie den Vorsitzenden des Ausschusses Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft, einen Vertreter der NH zu einer Sitzung einzuladen. Er soll die Arbeit der NH vorstellen.

Wir sehen darin eine Verzögerungstaktik. So braucht man das Anliegen nicht abschmettern und es ist dennoch erst mal vom Tisch.

Das war unsere Rede:

Die Hessische Landesregierung wirbt derzeit bei den Kommunen im Umkreis von Frankfurt dafür, Wohnraum zu schaffen. Laut der Landesregierung gehe es vor allem um die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum. Geld sei vorhanden, hört man aus Wiesbaden. Es fehle aber an ausreichendem Bauland. Die Hessische Landesregierung, die Nassauische Heimstätte und die Hessische Landgesellschaft hätten deshalb ihre Kräfte gebündelt, um Hessische Kommunen bei der Baulandentwicklung zu unterstützen. Auch das sagt die Landesregierung: In Hessen fehlen jährlich bis zu 37.000 Wohnungen. Die Lücke zwischen Bedarf und Angebot treibt die Mietpreise nach oben. Die rasche Baulandentwicklung ist daher eine der zentralen Aufgaben, bei der das Land die Kommunen unterstützen möchte. Aus diesem Grund wurde eine Bauland-Offensive Hessen GmbH auf den Weg gebracht – eine hundertprozentige Tochter der Nassauischen Heimstätte. Vielerorts im Wetteraukreis wurde Bauland an private Investoren verkauft und es wurden vorrangig hochpreisige Wohnungen gebaut, die viel Profit einbringen. Mit der Baulandoffensive ergibt sich nun eine Möglichkeit, eine Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mit mehrheitlicher Beteiligung des Landes Hessen als Investor zu gewinnen und Bauland der privaten Verwertung zu entziehen, damit bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann.

DIE LINKE. möchte mit diesem Antrag erreichen, dass dieses Angebot der Landesregierung auch im Wetteraukreis genutzt wird.

Wir möchten, dass der Kreisausschuss aktiv wird und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden des Wetteraukreises auslotet, welche Baugrundstücke zur Verfügung gestellt werden können.

Wichtig ist uns, Friedberg im Blick zu haben, wo das Kasernengelände mit 78 Hektar gute Möglichkeiten bietet, in größerem Umfang den Bau von bezahlbaren Wohnungen zu realisieren.

### **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Mietspiegel statt ‚Schlüssiges Konzept‘**

Der Wetteraukreis begründet seine Mietobergrenzen mit einem „Schlüssigen Konzept“. Dazu wurde der Kreis in vier Regionen aufgeteilt, für die unterschiedliche Obergrenzen gelten. Menschen, die soziale Hilfen nötig haben, dürfen keine Wohnung anmieten, die über dieser Mietobergrenze liegt. Eine Wohnung zu den Mietobergrenzen des Wetteraukreises zu finden, ist auf dem überhitzten Wohnungsmarkt sehr schwer.

Das haben wir beantragt: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1040-mietspiegel-statt-schl%C3%BCssiges-konzept.html>

Die Rede dazu im Kreistag:

Warum ist das „Schlüssige Konzept der Mietobergrenzen“ nicht ausreichend, um den Wohnungsmarkt zu steuern? Ja nicht einmal, um die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt real einschätzen zu können!?

Schlüssige Konzepte müssen sich nicht auf den tatsächlichen Wohnungsmarkt beziehen.

In ein Schlüssiges Konzept werden in erheblichem Maße Bestandsmieten aufgenommen – bei uns im Wetteraukreis derzeit zu 75 Prozent.

So kommt es, dass viele Wohnungen in die Datenbasis des Schlüssigen Konzepts einbezogen werden, die erheblich unter dem Mietpreisniveau liegen, das derzeit aufgerufen wird.

Die Wohnungen sind oft schon Jahre oder Jahrzehnte belegt und die Bewohner zahlen noch billigere Mieten als bei Neuvermietungen.

Die tatsächlichen Preise auf dem Wohnungsmarkt fließen also nur zu etwa 25 Prozent in die Berechnung der Mietobergrenzen des Wetteraukreises ein.

Zur Erinnerung: Schlüssige Konzepte wurden bei den Kommunen durchgeboxt, weil ihnen die Kosten der Unterkunft durch die profitgetriebene Preistreiberi auf dem Wohnungsmarkt aus dem Ruder liefen.

An der Wohnungsbaupolitik und an der Vergabe von Bauprojekten an private Investoren wurde jedoch nichts geändert!

Das bedeutet: Die Zahl der Sozialwohnungen geht ungebremst nach unten. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt. Wohnungsnot lässt die Mieten und vor allem die Profite steigen. Leidtragende dieser Politik sind Menschen mit niedrigem Einkommen. Und selbst Normalverdienerinnen und Normalverdiener können sich die Mieten kaum noch leisten.

Wohnen trägt heute in erheblichem Maße zur Armut vieler Familien – und vor allem von Alleinerziehenden – bei!

DIE LINKE. möchte, dass die realen Mietpreise Grundlage der Sozialpolitik werden. Deswegen fordern wir für den Wetteraukreis statt eines Schlüssigen Konzepts einen qualifizierten Mietspiegel! Die Situation auf dem Wohnungsmarkt und die marktüblichen Mietpreise müssen ausreichend einbezogen werden!

Der Antrag wurde abgelehnt. Die Begründung war: ein Mietspiegel könne allein von Gemeinden erstellt werden und müsse auch alle zwei Jahre überarbeitet werden. Außerdem wolle man Änderungen nicht vorgreifen. Das Institut für Umwelt und Wohnen habe 2015 ein Gutachten erstellt, das seit 2017 bei der Bund-Länder-Kommission liege und noch entschieden werden muss.

Es scheint kein Problem zu sein, dass bis dahin arme Menschen kaum eine Wohnung finden. Und übrigens: Das Schlüssige Konzept müsste auch alle zwei Jahre überarbeitet werden! Die Datenbasis blieb aber seit Einführung fast gleich!

### **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Klimanotstand anerkennen**

#### **Dazu: Antrag der Grünen, Antrag der AfD, Änderungsantrag der Koalition aus SPD und CDU**

Das wollte die Koalition nicht auf sich sitzen lassen: Sie führten aus, was sie schon alles für den Klimaschutz tun. In ihrem Änderungsantrag bitten sie den Kreisausschuss, klimarelevante Aspekte in besonderer Weise zu berücksichtigen. Weitergehende Vorstellungen wurden nicht benannt.

DIE LINKE. legte Wert darauf, dass jedes Handeln der Wetteraukreises auf den damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß geprüft wird. Und zwar als Pflichtaufgabe für alle Ämter und Dezernate. Wir haben außerdem darauf hingewiesen, dass Klimaschutz sozial umgesetzt werden muss. Es kann keine Abwälzung der Kosten auf die Mehrheit der Bevölkerung geben. Die Bemessung von Abgaben muss nach dem Verbrauch geregelt werden.

Hier ist unser Antrag: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1041-klimanotstand-anerkennen-f%C3%BCr-einen-paradigmenwechsel.html>

Und das haben wir dazu gesagt:

Schon bevor der Amazonas-Regenwald in nie gekanntem Umfang brannte, waren die Lungen der Erde durch Brandrodungen in Gefahr: In Indonesien, in der Tundra, in Zentralafrika, Australien und auch in Europa ...

Brände gab es schon immer, ja! Nur heute sind die Katastrophen in erster Linie durch profitgetriebene Anschläge auf das Ökosystem der Erde zurückzuführen.

Das macht die Dringlichkeit noch deutlicher: Es muss ein Umdenken stattfinden!

Das Umdenken muss zügig stattfinden! Das Umdenken muss überall stattfinden!

An sich braucht der weltweite Klimanotstand nicht mehr ausgerufen zu werden. Er ist längst eingetreten – und das mit aller Wucht. Noch nie in der Menschheitsgeschichte war so viel klimaschädliches CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre wie heute. Durch die Erderwärmung werden zusätzlich große Mengen Methan (und andere umweltschädliche Gase) freigesetzt. Das führt zu einem exponentiellen Anstieg der Temperaturen.

Der menschengemachte Klimawandel übertrifft alle natürlichen Klimaeinflüsse um ein Vielfaches.

Es ist dringend nötig, auch vor Ort alles zu tun, den CO<sub>2</sub> Ausstoß zu senken, aber auch die Wasserressourcen zu schonen und Bodenversiegelungen zu vermeiden. Deutschland mag seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringert haben. Aber als hochentwickeltes Industrieland haben wir die Möglichkeiten, diesen schädlichen Ausstoß noch weiter abzusenken und darüber hinaus Technik und Standards für andere Länder zu entwickeln. DIE LINKE. sieht darüberhinaus die Notwendigkeit, Klimaschutz und Strukturwandel auf allen Ebenen sozial gerecht umzusetzen.

dies erfordert dies einen Paradigmenwechsel: Vom einfachen Wachstumsmanagement mit all seinen fatalen lokalen, regionalen wie weltweiten klimatischen Folgen hin zu einer Politik, die ihr gesamtes Handeln auf den damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß überprüft - und dies als Pflichtaufgabe für alle Ämter und Dezernate!

Dazu eine Abkehr der unkritischen Abwälzung der Kosten auf die Mehrheit der Bevölkerung mit Massenabgaben, wie der CO<sub>2</sub>-Steuer, sondern eine Wende dahin, dass Hauptverursacher und Großverbraucher entsprechend zahlen müssen und gemäß Verbrauch und Umweltbelastung besteuert werden.

Eine Möglichkeit zur Aufklärung und zur Schaffung von Umweltbewusstsein könnte die VHS mit einem entsprechenden Programm beisteuern.

Die VHS ist direkt Teil des Wetteraukreises und könnte sofort auf ein Programm der Natur- und Umweltschutzorganisation WWF zurückgreifen, das gemeinsam mit Klimaforschern zum regionalen Klimaschutz entwickelt wurde – wenn das politisch gewollt wird.

Ähnlich äußerten sich die Grünen in ihrem Antrag. Sie verlangten, dass der Kreis mittelfristig klimaneutral handelt. Sie wollten, dass eine Finanzreserve aufgebaut wird, um Mehrkosten davon zu bezahlen.

Die AfD benannte ihren Antrag „Klimadebatte versachlichen“. Mit Sachlichkeit hatte das dann aber wenig zu tun. Sie führten aus, dass der Anteil Deutschlands an der globalen CO<sub>2</sub>-Emission etwa 2 Prozent betrage. Sie listeten dann auf, was Deutschland alles zum Klimaschutz geleistet habe. Es sei ein großes Risiko, alle verfügbaren finanziellen und gesellschaftlichen Ressourcen einzusetzen, wenn die Ausgangslage den Aufwand nicht zweifelsfrei rechtfertige.

Ja, so steht das im Antrag! Also: Wie würden wir uns ärgern, wenn sich in zwanzig Jahren rausstellte, dass wir das Klima ganz umsonst gerettet hätten!

Ein Highlight der Diskussion:

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Kruger meinte, Fahrradfahrer müssten höhere Krankenkassenbeiträge zahlen. Sie seien mehr Abgasen ausgesetzt und dadurch sei ihre Gesundheit besonders gefährdet. Das koste die Kassen mehr Geld.

Die Anträge wurden in den Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft überwiesen.

## **Antrag der Grünen: Beitritt des Kreises zur Schutzgemeinschaft Vogelsberg**

Unser altes Thema: Als der Wetteraukreis aus der Schutzgemeinschaft Vogelsberg austrat, hat DIE LINKE. mit Verve dagegen protestiert. Angeblich kostete der Beitrag zu viel Geld: 130 Euro im Jahr! Das musste 2013 unbedingt eingespart werden, um den Haushalt zu retten!! (Ironie aus) Damals haben die Grünen diesen Austritt mitgetragen.

Warum ist die Schutzgemeinschaft so wichtig? Der Raubbau bei der Wasserförderung im Vogelsberg brachte Bürger in Bewegung. Aus den Protesten entstand die Schutzgemeinschaft, die bis heute das Recht hat, die Pegel zu messen. So kann übermäßige Wasserförderung bemerkt werden.

Wir haben diese Rede gehalten:

Wir freuen uns über diesen Antrag der Grünen! Vielen Dank!

Wir sind ja von Anfang an dagegen Sturm gelaufen, dass der Wetteraukreis aus der Schutzgemeinschaft Vogelsberg austritt. Unser letzter Antrag ist schon eine Weile her und deshalb ist es auch Zeit, den Beitritt erneut zu fordern.

DIE LINKE. möchte aber diese Mitgliedschaft nicht allein wegen der dringend nötigen Wertschätzung. Wir möchten aktiven Wasser- und Ressourcenschutz. Wir erneuern unsere Forderungen aus den vergangenen Anträgen:

Der Kreisausschuss sollte mit der Schutzgemeinschaft gemeinsame Projekte und Arbeitsfelder entwickeln und umzusetzen, die dem Wasser-, Natur- und Klimaschutz in der Region dienen.

Die Sicherung des Wasserreservoirs Vogelsberg/Wetterau wird in Zukunft immer wichtiger. Dazu braucht es vor allem auch eine Zusammenarbeit mit der Stadt Frankfurt. Wir sehen die Notwendigkeit, dass Frankfurt aktiver Möglichkeiten der eigenen Wasseraufbereitung ins Visier nimmt.

Schlechtestes Beispiel aus dem vergangenen Hitzesommer:

Während in Frankfurt die Umweltdezernentin aufforderte, mit Trinkwasser die Bäume zu gießen, wurde Ulrichstein von Tanklastern mit Trinkwasser versorgt.

Das kann keine Regionalpolitik sein. Hier muss der Wetteraukreis auf eine ressourcenschonende Wasserwirtschaft drängen!

Die Koalition aus SPD und CDU stellte wieder einen der berühmten Änderungsanträge, der das Problem erst mal vom Tisch bringen soll: Der Kreisausschuss soll prüfen, aus welchen Vereinigungen und Organisationen man 2013 ausgetreten sei. Über das Ergebnis sei der Ausschuss Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft zu informieren.

Nicht viel besser, der FDP-Abgeordnete Heidt: Er erklärte das Thema für unwichtig und er möchte sich nicht mehr damit beschäftigen.

## **Antrag der AfD: Keine Verwendung der so genannten gendergerechten Sprache in der Kreisverwaltung**

Großes Kino! Die AfD verteidigt die Deutsche Sprache gegen die Zerstörung. Mit viel Pathos wurde gegen Formen einer geschlechtergerechten Sprache gewettert.

SPD, CDU und Grüne beleuchteten aus verschiedenen Blickwinkeln die Frage der Gleichberechtigung. Wir haben diese Rede gehalten:

Dieser Antrag ist Stimmungsmache. Sonst nichts!

Dem Aufruf des von der AfD herangezogenen „Vereins Deutscher Sprache“ haben sich in der Tat Menschen angeschlossen. Viele Männer, wenige Frauen. Verteidiger des Patriarchats. Darunter solche Sprachakrobaten, wie Kai Diekmann, ehemaliger Chefredakteur der Bildzeitung. Und wir wissen ja, wie intensiv die Bildzeitung die deutsche Sprache befördert! Es gibt keine ernst zu nehmende Gefahr für die Deutsche Sprache, die aufgrund der Genderschreibweise entsteht.

Wenn überhaupt eine Gefahr bestünde, dann entsteht sie aus der Produktionsweise. Digitalisierung zum Beispiel. Dort wird korrektes Deutsch nicht verwendet.

Soll jetzt in den von der AfD angestrebten Grundgesetzartikel das Gebot rein:

Im Netz und mit dem Telefon muss korrekt deutsch gesprochen werden?

Ich bin nach Lektüre dieses Antrags mehr denn je der Auffassung: Die AfD sollte sich fortbilden lassen! Thema: „Was ist das Grundgesetz und welche Bedeutung hat es?“

### **Sitzungsvorlage der Koalition: Fortführung des Programms „Demokratie leben!“**

Das Programm unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement. Die AfD hat es auch gleich richtig eingeordnet: Sie bemängelte, dass auch Gruppen unterstützt würden, die sich gegen die Rechtsentwicklung der Gesellschaft wenden. Der Fraktionsvorsitzende Kruger verstieg sich sogar soweit, dass er das Beharren auf Menschenrechte – zum Beispiel bei Flüchtlingen - als ungerechtfertigt und übertrieben bezeichnete. Der Begriff sei außerdem dehnbar.

DIE LINKE hat die Vorlage selbstverständlich unterstützt. Das haben wir gesagt:

Menschenrechte, Herr Kruger, sind kein überflüssiges Beiwerk! Nach dem verheerenden Weltkrieg und nach dem Faschismus wurden die Menschenrechte in der „Erklärung der Menschenrechte“ von den UN benannt. Lesen Sie das mal nach, dann lernen Sie, dass der Begriff nicht dehnbar ist! Wenn sie Menschenrechte relativieren, zeigen Sie Ihre rechte Gesinnung deutlich!

Zivilgesellschaft ist der wichtigste Garant für demokratische Strukturen. Es sind nicht die Parteien! Es ist wichtig, die Zivilgesellschaft zu unterstützen. Das tut dieses Programm.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de) bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber